#### IAW Kolloquium

am 8. April 2014 im GW II / Universität Bremen

Rudolf Hickel / Johann-G. König

Euro stabilisieren EU demokratisieren

Aus den Krisen lernen!

#### € & EU: Warum und wie erneuern

Trotz aller politischen Beschwörungen, Rettungsschirmen, Fiskalund anderen Paketen sowie geplanten Freihandelsabkommen sind weder die Eurozone noch die Europäische Union Garanten für eine gute Zukunft. Das viel beschworene Europäische Haus ächzt unter einer gefährlichen sozialen und ökonomischen Spaltung sowie politischem Akzeptanzverlust.



#### Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Rudolf Hickel

analysiert die Ursachen der tiefgreifenden Euro-Systemkrise. Zu deren Überwindung entwickelt er praxisnahe und instrumentierbare Ansatzpunkte. Den Euro retten als monetäre Basis einer Wirtschaftsund Politischen Union, aber nicht zu Gunsten der Banken und Hedgefonds, sondern der Menschen!

Sozialwissenschaftler Dr. Johann-Günther König hinterleuchtet den unnötig komplizierten und nur vorgeblich demokratischen EU-Betrieb, gleicht die politischen Ziele mit der Realität des unhaltbar großen Wirtschaftsund Wohlstandsgefälles zwischen den Mitgliedstaaten ab und macht die >Sollbruchstellen</br>

Europäischer Rat / Europäisches Parlament / Rat / Europäische Kommission: Wer ist wie legitimiert und hat welche Befugnisse? Antworten und Verbesserungsvorschläge für eine Wohlfahrtsunion, mit einem umfassenden parlamentarisch basierten EU-Regierungssystem, das wir derzeit noch nicht haben.



Rudolf Hickel Johann-A Könia

EURO stabilisieren EU demokratisieren Rudolf Hickel Johann-G. Köni

**EURO stabilisieren EU demokratisiere** 

Aus den Krisen lerne









### Themenschwerpunkte im Überblick

- 1. Mühseliger Lernprozess: Gründungsfehler und Muddling through-Management überwinden
- 3. Eurosystem in der Krise: Ökonomisch-systemische Krisenanfälligkeit und politische Akzeptanzkrise
- 4. Warum sich der Euro lohnt? Opportunitätskosen des Ausstiegs
- 6. Erste Erfolge der Eurorettung fortsetzen: Die nützlichen Instrumente
- 5. Fundament und Säulen einer Wirtschafts-, Fiskal- und Währungsunion
- 6. Die größte Bedrohung: Politische Akzeptanzkrise

#### Mühseliger Lernprozess: Gründungsfehler und Muddling through-Management überwinden

#### Gründungsirrtum Maastrichter Vertrag 1990/1992

- \* Ausschließlich eine Währungsunion konzipiert
- \* Nur monetäre, keine realwirtschaftlichen Konvergenzkritieren zur Aufnahme der Mitgliedsländer
- \* Reduktion der Vergemeinschaftung der Finanzpolitik auf Schuldenregeln.
- \* No Bail Out-Klausel: Krisenländer ohne Hilfe
- \* Keine koordinierte Finanz- und Wirtschaftspolitik

**Kernproblem:** Währungsunion ohne weitere Abgabe von nationalstaatlicher Kompetenz!

Eurokrise zwingt zur wachsenden Vergemeinschaftung vor allem der Finanzpolitik.

Der Maastrichter Vertrag – heute Lissabonner Vertrag - muss weiterentwickelt werden (Das Weidmann-Problem).

#### Krisenmanagement

- Ohne ein Gesamtkonzept.
- Muddling through, Sofortismus; dadurch steigende Krisenkosten

## Ablaufskizze zur Schaffung der EG Wirtschafts- und Währungsunion nach den Beschlüssen von Maastricht

#### Zeitachse

#### 1.7.1990: Erste Stufe

- Stärkung des Gouverneurausschusses (Zentralbankpräsidenten)
- Volle Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte (mit Ausnahmen vor allem für die Länder im Süden)
- Multilaterale Überwachung" vor allem zur Vermeidung exzessiver Defizite in öffentlichen Budgets, jedoch ohne Sanktionsmöglichkeiten gegenüber einem Mitgliedsland

#### 1.1.1994: Zwelte Stufe

- Konvergenzprogramme, volle Liberalisierung des Geld- und Kapitalverkehrs (noch mit Ausnahmen); Verbot monetärer Finanzierung der öffentlichen Defizite; Überwachung von Fehlentwicklungen vor allem zur Begrenzung öffentlicher Defizite jedoch ohne Sanktionsmöglichkeiten (erst ab 3. Stufe)
- Einrichtung des Europäischen Währungsinstituts (EWI): löst das bishenge Europäische Währungssystem (EWS) ab.

#### Automatismus zur dritten Stufe

(sofern bis Ende 1997 keine Entscheidung über Beginn der dritten Stufe gefallt wurde)

bis 1. Juli 1998: Prüfbericht erneut über Konvergenz; wird wie bei Wahloption wiederholt; Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit; keine Mehrheitsklausel, d.h. drei Länder beispielsweise können die 3. Stufe beginnen

zum 1. Jull 1998: Einrichtungen der Europäischen Zentralbank (EZB) zur Vorbereitung des Europäischen Systems der Zentralbanken (EZBS)

#### ab 1.1.1999; Dritte Stufe

ECU (Europäische Währungseinheit) ab erstem Tag der dritten Stufe eigene Währung durch Festlegung unwiderruflicher fester Kurse gegenüber den Mitgliedswährungen (Parallelwährung), Vorbereitung zur Einführung der ECU als einheitliche Eurowährung

Wahloption: Dritte Stufe früheste Entscheidung über Eintritt in dritte Stufe 1996 Entscheidung "auf der Grundlage". von Konvergenzberichten der EG-Kommission und des EWI (konkurrierend); Rat entscheidet mit qualifizierter Mehrheit:

- Welches Land erfüllt Konvergenzkriterien?
- Gilt dies f
  ür Mehrheit (mindestens 7 L
  änder)?

bis 31.12.1996 \_

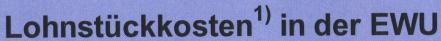
frühester Beginn der 3. Stufe 1.1.1997 \_

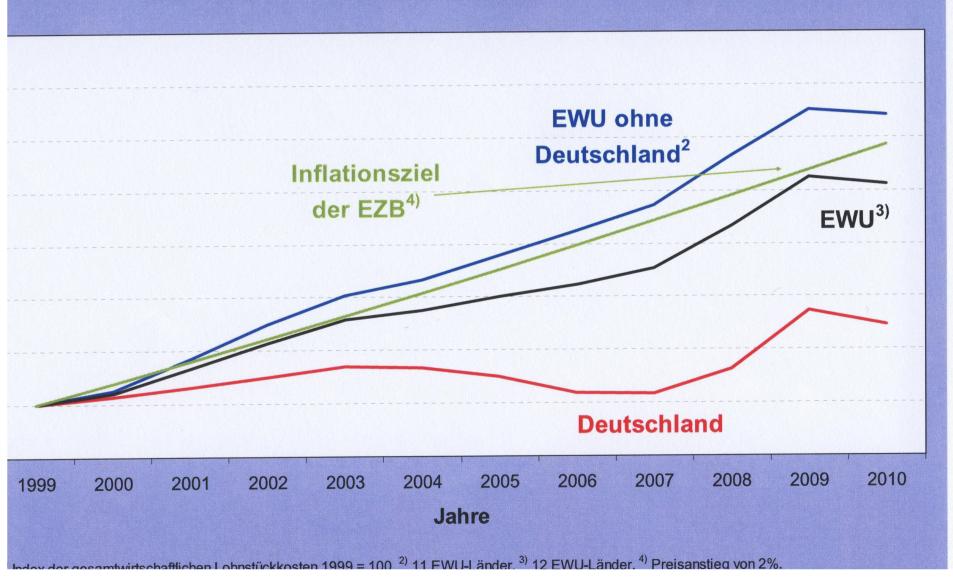
Zeitpunkt zur Einführung einer einheitlichen Eurowährung (die ECU) nicht in den Beschlüsser, festgelegt; soll jedoch nach Art. 109 rasch erfolgen!

# Die ökonomischen Folgen der monetären Reduktion: Spaltung des Euroraums:

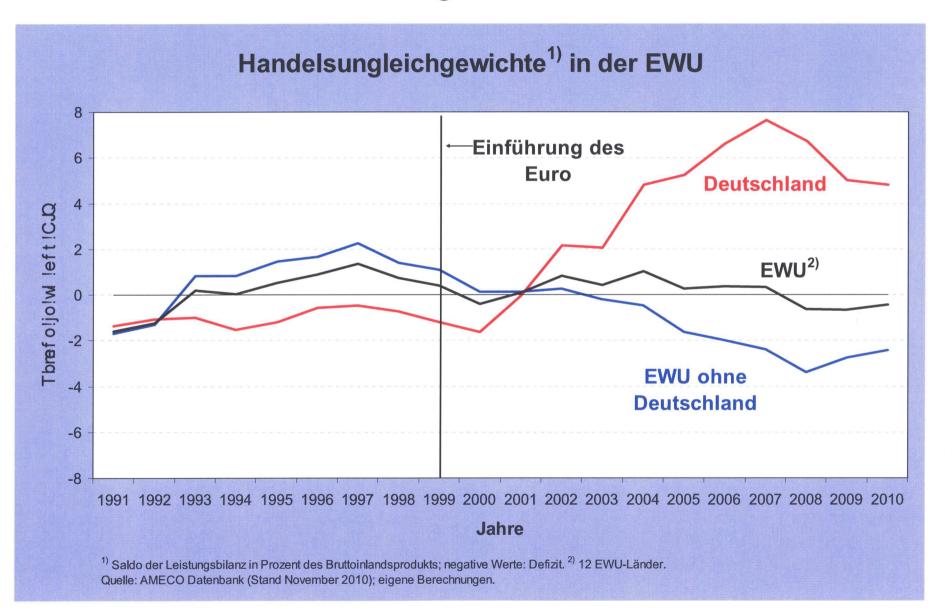
- Wirtschaftliche Entwicklung: massives Wachstumsgefälle
- Außenwirtschaftliche Ungleichgewichte: Defizitländer in der steigenden Auslandsverschuldung
- Wettbewerb im Währungsraum mit Lohnstückkosten
- Krisenstaaten in der Schuldenfalle: Zahlungsunfähigkeit
- Spekulativ hochgetrieben Zinssätze in den Krisenstaaten

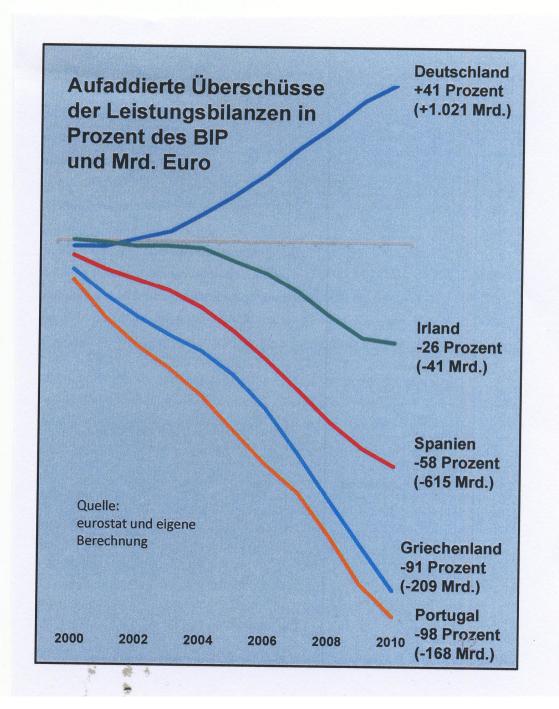
# Divergenz der Kosten





### Handel im Gleichgewicht vor dem Euro

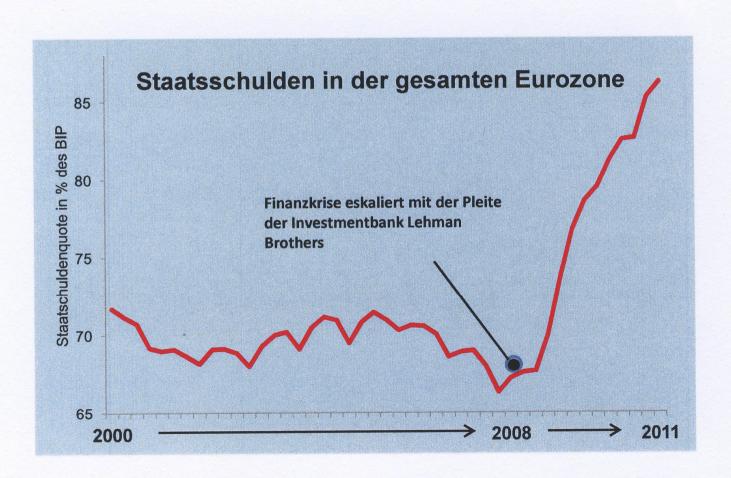




### Zusätzliche Herausforderung im Euroland: Staatsschuldendebakel durch Krise der Finanzmärkte bzw. der Banken

- \* Staatsschuldenexpansion in vielen Krisenländern Folge der Bankenkrise (Spanien, Irland, Zypern)
- \* Refinanzierung der Staatsschulden auf den Kapitalmärkten durch steigende Zinssätze verbaut
- \* Massenhafte Spekulationen auf den Absturz von Staaten bzw. den Zusammenbruch des Euro

# Finanzkrise: Staatsschulden explodieren



Deutschland: Anstieg um ca. 300 Mrd. € (Bruttoschulden)

### Lohnt sich der Euro? Vom Nutzen der Eurowährung

- 1. Stabiler Binnenwert (HVPI): Nov. 2001 Nov 2011 1,6% p.a. In diesem Zeitraum D-Mark 2,2%. Derzeit eher Deflation.
- 2. *Attraktiver Außenwert* allerdings stark volatil: \$/€-Wechselkurs zwischen 1,18 und 1,50; derzeit schwankt dieser um 1,35 \$/€
- 3. *Anerkannte Anlagewährung*: Weltweiter Anteil an den Reservewährungen knapp 30% (insbesondere in China)
- 4. Sinkende *Transaktions- und Koordinationskosten*
- 5. Wichtig: Ausschluss von Spekulationskosten im Euroraum
- 6. Was kostet die Euro-Auflösung in Deutschland: Massive Aufwertung der Währung, wirtschaftlicher Einbruch, Verlust an Arbeitsplätzen

# Tag X: Was kostet das Auseinanderbrechens der Eurowährung?

- Direkte Verluste der Gläubiger: EZB, Banken, Versicherungen und Fonds: Für Deutschland geschätzt 3,3 Bio. € (120% des BIP/SVR).
- Problemländer sind zahlungsunfähig.
- Indirekte Folgen: Aufwertung der DM bzw. neuer Hart-Euro
- Schäden für die Exportwirtschaft: 40% der deutschen Exporte in Euroländer (3 Mio.Jobs); 67% der Exporte in Euro abgewickelt
- Erste Schätzungen über Wachstumseinbruch: im ersten Jahr um 10% und Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 5 Mio.€; steigende Haushaltsdefizite.
- Wechselkursinstabilität und Spekulationen auf Währungen: Störung des Binnenmarktes
- Anstieg der Transaktions- und Informationskosten (auch für Reisen)
- \* Schwere Belastung der EU: Auch Gefahr des Auseinanderbrechens der politischen Achse Frankreich und Deutschland

### Die vier diskutierten Optionen

### 1. Das "muddling through"

Finanzhilfen für Krisenländer um den Preis einer Austeritätspolitik: keine Perspektive des Zusammenwachsens

### 2. Die Illusion vom Euro + Nationalwährungen:

- \* Oskar Lafontaines unseriöse Wiederbelebung des EWS (Fixkurssystem mit Schwankungsmargen)
- \* Die naive Forderung einer Parallelwährung: Euro + Nationalwährungen (GEURO).

### 3. Varianten zum Ausstieg aus dem Eurosystem:

- \* Spaltung:Hartkernwährungsland + Satelliten im EWS
- \* Beispiel griechische Drachme: Abwertungsillusionen

# 4. Weiterentwicklung zu einer Währungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialunion:

schrittweise Abgabe nationaler Souveränität.

# Erste Erfolge im Lernprozess Anschlussfinanzierung den Spekulanten entzogen

- \* Übernahme der Anschlussfinanzierung durch den ESM (EFSF).
- \* EZB mit der Ankündigung Draghis an 26.7.2012 "What ever it takes", Klare Aussage zur Euro-Irreversibilität

Fazit: Nur Kauf von Zeit!

### Weitere Maßnahmen zur Eurostabilisierung

- 1. Schaffung eines *Schuldentilgungsfonds* im Euroraum Finanzierung über Vermögensabgabe (Vorschlag Dt. Bundesbank),
- 2 . Eurobonds bzw. Projektbonds / Eurobills
- 3. Kein erneuter *Schuldenschnitt* ("Hair Cut"), aber künftig "Collective Action Clauses" in Anleiheverträge.

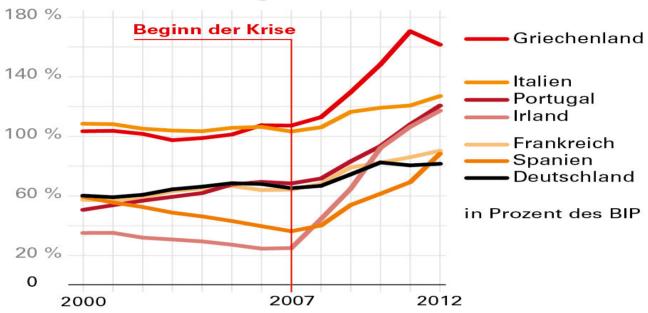
# Sanierung der Krisenstaaten: Grundlegender Paradigmenwechsel

Derzeit Konditionalität: Finanzhilfen gegen Austeritätspolitik (Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen, Privatisierungen). Wirkt krisenverschärfend, spaltet sozial durch Arbeitslosigkeit und Armut, geht fiskalisch nicht auf.

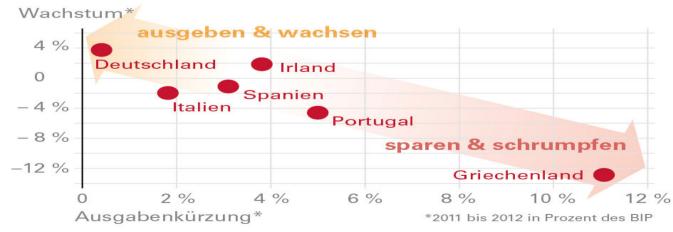
Neues Paradigma: Aufbau und Stärkung der Wirtschaft (Marshall-Plan)!

#### Schuldensprung durch die Krise

Die Staatsverschuldung entwickelte sich in ...



#### Wirtschaftswachstum und Sparpolitik



Quelle: Europäische Kommission 2013; De Grauwe 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

# Fundament und Säulen der Europäischen Währungs- und Wirtschaftsunion (EWWU) innerhalb einer Politischen Union

**Fundament: Der Binnenmarkt** 

Realisierung der vier Freiheiten (Güter-, Dienstleistungen, Freizügigkeit der Arbeitskräfte und des Kapitals)

#### Die Säulen im Überblick

- 1. Einheitliche Währungs- und Geldpolitik durch das EZB-System
- 2. Gemeinschaftliche Regulierungen für die Bankenunion
- 3. Finanzpolitik
- 4. Zielorientiert koordinierte Wirtschaftspolitik
- 5. Demokratisch fundierte Politische Union

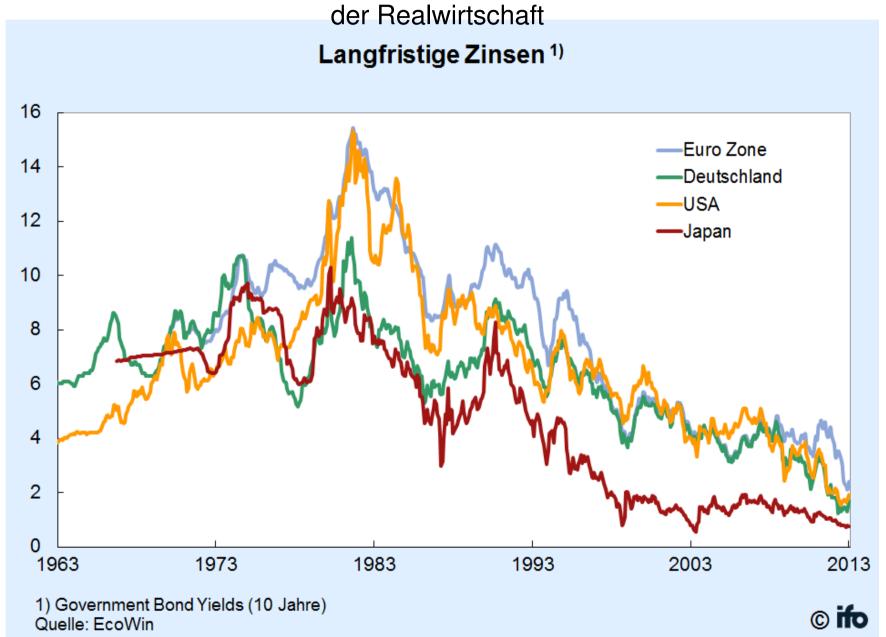
#### Säule: Geld- und Währungspolitik der EZB

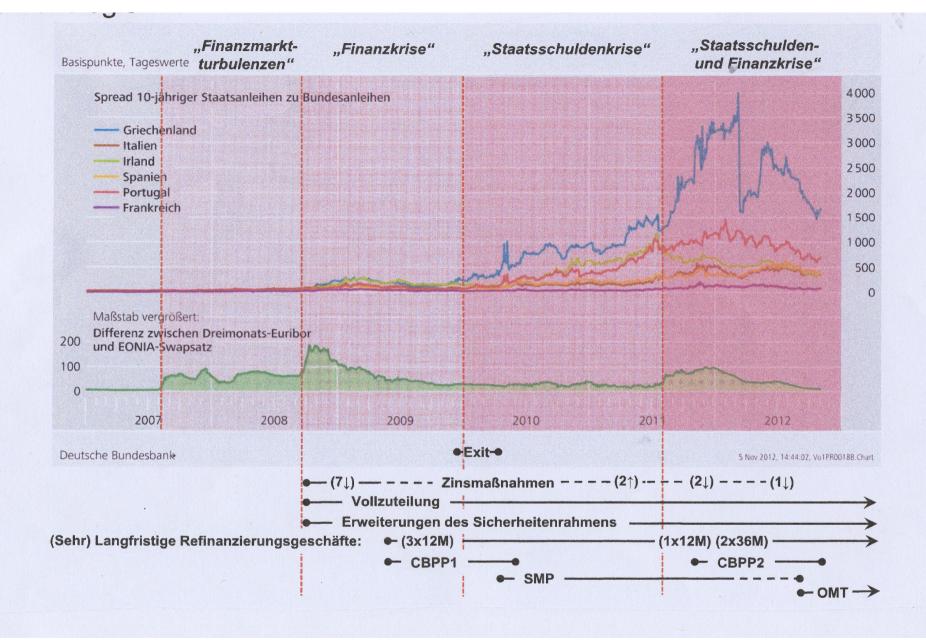
Die EZB ist der währungspolitischen Gemeinschaftsaufgabe gerecht geworden.

#### Zweifache Zielsetzung:

- 1. Vermeidung einer *Deflation* in der Eurozone mit ihrer Niedrigzinspolitik. (Forward Guidance)
  - Den realen Einbußen beim Sparvermögen ("fiskalische Repression") steht der Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion und Beschäftigung gegenüber.
  - (Niedrigzinspolitik auch Folge langfristig sinkender Zinssätze)
- 2. Gegen das *Auseinanderbrechen der Eurozone*: Kauf von Anleihen aus Krisenländern unter dem ESF-Dach und am Sekundärmarkt: Vom Mai 2010 bis September 2012 "Securities Market Programms (SMP)". Gesamtes, jedoch sterilisiertes Maximalvolumen von 210 Mrd. €; 6. 9. 2012 beschlossen; Outright Monetary Transactions: Erfolgreiche Senkung der Spreads.
- 3. Bundesbank und Bundesverfassungsgericht haben die notwendige Stabilisierungspolitik nicht begriffen (kein Widerspruch zu Art. 123 des AEUV).

Fall der Langfristzinsen seit Anfang der 1980er Jahre: Überakkumulation und Bedeutungsgewinn Finanzmärkte gegenüber





# Säule Bankenunion: Stärkung der produktionswirtschaftlichen Basis sowie der Funktion der EZB-Währungspolitik

- Ohne eine Bankenunion in der EU kann eine Währungsunion nicht funktionieren.
- Die bisherige Krisenanfälligkeit des Bankensystems hat die Produktionswirtschaft belastet und eine Vertrauenskrise ausgelöst.

#### Die beiden Ebenen:

- 1. Die *Regulierung des Bankensystems*: Zurück zur dienenden Funktion
  - Eigenkapital und andere Vorschriften (Basel III)
  - Trennsysteme Geschäftskunden gegenüber Eigenhandel und Market Making, Bonizahlungen, Anlageberatung, Turbohandel
- 2. Aufbau einer Bankenunion:
  - Bankenaufsicht bei der EZB (problematisch)
  - Abwicklungsfonds (Rettungsfonds)
  - Haftungskaskade bei Bankenabwicklung

# Vorschläge zur Haftungskaskade: EU-Kommission, ER, EP, aktuelle Beihilferegelung

#### **BAIL-IN SEQUENCE European Parliament Commission Proposal Council General Current rules:** (ECON) report **Approach COMP** state Losses **NO systemic NO** depositor WITH depositor Systemic crisis aid guidelines crisis preference preference First Equity Equity Equity Equity Equity Equity 0-8% (T1&T2) (T1&T2) (T1&T2) (T1&T2) (T1&T2) (T1&T2) TA Sub debt Sub debt Sub debt Sub debt Sub debt Senior Senior Senior unsecured debt unsecured unsecured + non-preferred debt debt + non-insured deposits Senior unsecured debt 8-13% deposits TA All deposits not RF Non-insured covered by DGS RF RF Preferred deposits RF RF RF DGS Last Mutualized funds Individual private funds

RF= Abwicklungsfonds, DGS = Einlagensicherungssystem, TA= Gesamtvermögen

#### Säule: Finanzunion

- 1. *Geld- und Finanzpolitik* stehen derzeit im Widerspruch:
  - + EZB übernimmt auch mit unkonventionellen Mitteln die geldpolitische Verantwortung allerdings in der "Lückenbüßerfunktion".
  - + Denn die Finanzpolitik reduziert sich auf die Schuldenregeln der Fiskalunion. Sie wird der gesamtwirtschaftlichen Rolle zugunsten von Konjunktur und Beschäftigung nicht gerecht.
- 2. Ohne Ausbau zur Finanzunion bewegt sich die EZB im Dilemma. Daher makroökonomische Koordination erforderlich. Wichtige Harmonisierungsfelder:
  - + Steuerpolitik (vor allem Bemessungsgrundlage bei Gewinnen)
  - + Transeuropäische Netze
  - + Sozialsystem.

#### Säule: Wirtschaftsunion

- + Zielorientierte, koordinierte Wirtschaftspolitik
- + Instrumente zur Reduzierung von extremen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten im EU-Wirtschaftsraum
- + Qualifizierungs- und Beschäftigungsintiativen

#### Die Politische Union Ohne politische Akzeptanz haben der Euro sowie die EU keine Chance:

- + Europa erscheint als "dämonische Abstraktion".
- + Wohlfahrtsversprechen der EU enttäuscht.
- + Demokratiedefizite abbauen
- + Stärkung des Europäischen Parlaments durch Ausbau legislativer Kompetenzen
- + Verankerung der EU-Entscheidungen in den nationalen Parlamenten. Tendenz zur EU- Inakzeptanz bis hin zur Reversibilität
- + Rückzug auf nationalstaatliche Politik und damit Blockierung der Abgabe von Souveräntitätsrechten an die EU
- + Einschränkung der Zuwanderung innerhalb der EU

Größte Gefahr für den Euro: antieuropäische, rechtspopulistische bis hin zu rechtsradikalen Parteien!